

## Ein langer Schatten über Oberschwaben?

**Als die Kreissparkasse Biberach im vergangenen Jahr ihr 150-jähriges Jubiläum begehen konnte, war dieses ein Anlass für 41 Feiern in den Kreisgemeinden und einen großen Festakt zum Gründungstag (16. Dezember). Kaum ein Mitbürger, der das Jubiläum nicht auf die eine oder andere Art mitbekommen hat.**

Es liegt im Wesen eines jeden Kreditinstitutes begründet, dass seine Geschichte und seine Entwicklung eng verbunden ist mit der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Entwicklung seiner Region. Dem Selbstverständnis der Kreissparkasse Biberach entsprechend, trug sie dieser Tatsache mit einer wissenschaftlichen Tagung Rechnung.

Ein langer Schatten über Oberschwaben? – So lautete das Thema jenes wirtschafts- und sozialhistorischen Gesprächsforums, welches am 10. und 11. Oktober 2003 in der Kreissparkasse Biberach stattfand und Zuhörer über Oberschwaben hinaus anzog. Organisiert wurde die Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Heimatpflege in Stadt und Landkreis Biberach e. V. Insgesamt neun Vorträge widmeten sich der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Oberschwabens in der Zeit vom Ende des Alten Reiches bis in das frühe 20. Jahrhundert.

Der Vorsitzende des Vorstands der Kreissparkasse Biberach, Dr. Otmar M. Weigele, skizzierte in seinem Eröffnungsvortrag, dass Oberschwaben von den politischen Umgestaltungen der napoleonischen Zeit besonders betroffen war. Den damit verbundenen Verlust an geistigen, politischen und wirtschaftlichen Bezugspunkten verglich er mit einer fehlenden Kompassnadel. Es war dieser besondere Bezug Oberschwabens zur Napoleonischen Zeit, der Dr. Weigele in seinem Vortrag einige Zeit bei dem Gespräch zwischen Napoleon und Christoph Martin Wieland, einer Begegnung von Macht und Geist, verharren ließ. Die für Oberschwaben bedeutenden Veränderungen manifestierten sich vor allem in den Begriffen der Säkularisation und Mediatisierung, die genau wie die Kriege ihrer Epoche ihre wirtschafts- und sozialgeschichtliche Seite hatten und sich in ihrer Dimension nicht auf einen Herrschaftswechsel begrenzen ließen.

Auf der Suche nach vermeintlichen Schattenplätzen nahm Dr. Weigele eine Trennung zwischen Stadt und Land vor. So sei auf dem Land der Wegfall der Getreideexportpolitik der oberschwäbischen Reichsabteien eine Zäsur gewesen. Die Ablösung der Grundlasten durch Geld habe ebenfalls eine Belastung dargestellt.

Schmerzhaft sei natürlich auch die Hungersnot von 1816/17 gewesen. Danach habe jedoch eine positive, bis 1870 dauernde Getreidekonjunktur eingesetzt, zumal auch neue Absatzmärkte gefunden werden konnten. Ein steigender Fleischverbrauch und die Intensivierung der Pferdehaltung taten das ihrige.

Für die Städte habe sich der Umbruch, der sich vor allem in der Auflösung des Zunftsystems ausdrückte, länger anhaltend und schwieriger dargestellt, da die oberschwäbischen Städte abseits der großen Verkehrswege lagen und von der ersten Phase der Industrialisierung nicht erfasst wurden. Auch die Eisenbahn habe daran nicht viel ändern können. Zum Vergleich: Zwischen 1802 und 1910 verzehnfachte sich die Einwohnerschaft Stuttgarts, während sich diejenige Biberachs nur verdoppelte. Hinter diesen Zahlen würde sich zudem eine erhebliche Binnenwanderung verbergen. Nicht zuletzt im Bildungswesen, namentlich bei den Katholiken, sei die regionale Rückständigkeit zum Ausdruck gekommen. Erst nach und nach wäre, so Weigele, die wirtschaftliche Benachteiligung der Region abgebaut worden, indem die raschen technologischen Entwicklungsschritte den Schatten der regionalen Benachteiligung verkürzt hätten.

Von einer fehlenden Kompassnadel könne jedoch auch hinsichtlich der historischen Forschung gesprochen werden, denn insbesondere unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen und technischen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts würden Erklärungsversuche geschichtlicher Ereignisse zunehmend komplexer und damit auch unübersichtlicher. Daher müsse auch die Beobachtung gesellschaftlich-kulturellen Gewohnheitsverhaltens herangezogen werden; schließlich sei Wirtschaft ein Kulturphänomen.

### Armut am Ende des Alten Reiches

Professor Dotterweich nahm den Ball in seinem Vortrag „Zwischen Hungerkrisen und Massenelend“ über die Armut der „kleinen Leute“ am Ende des Alten Reiches auf. Welche Erscheinungsformen, welchen Umfang und vor allem, welche Ursachen hatte die ganz alltägliche Armut in der frühen Neuzeit. Wann wurde aus Armut Elend? Welche sozialgeschichtliche Rolle spielten die Reichs- und Prälatenklöster? Wurden durch die Errichtung der repräsentativen Kirchen und Konventsbauten die Untertanen ausgebeutet oder stellten die barocken Bauprojekte vielmehr ein Beschäftigungsprogramm dar, mit welchem der Not und dem

Verarmungsprozess entgegengesteuert wurde? Hieraus wiederum ergab sich die Frage, mit welchen Instrumenten der frühmoderne Fürstenstaat, der die geistlichen Herrschaften einverleibt hatte, sich dem Problem der Armut im 19. Jahrhundert stellte.

Dotterweich nannte verschiedene Gruppen von Armen. So gab es u. a. die „arbeitenden Armen“, wozu kleine Handwerker, vor allem Weber und Gewerbetreibende, aber auch Kleinbauern und Söldner gezählt werden konnten. Eine zweite Gruppe waren die nicht Arbeitsfähigen, also Invaliden, Kranke, Witwen und Waisen, aber auch alte Leute, die nicht von ihrer Familie mitversorgt werden konnten. Auch hier habe es sich um „ehrbare“ Armut, nämlich um damals anerkannte Sozialfälle gehandelt. Im Gegensatz dazu hätten Randgruppen wie Kriminelle bzw. Kriminalisierte, fahrendes Volk, Uneheliche, Behinderte und Prostituierte gestanden. Auch Hirten wurden zu dieser Gruppe gerechnet. Die Unterschichten, also die ökonomisch und rechtlich benachteiligten Personen, hätten, so Dotterweich, je nach Region auf dem Lande 50 bis 80 % der Bevölkerung und in den Städten über 50 % der Bevölkerung ausgemacht. Dort hätten zur Unterschicht nicht nur die ungelerten Arbeiter und Diensthofen, sondern auch die Gesellen und darüber hinaus selbst die Meister von weniger angesehenen oder überfüllten Handwerken gezählt.

Das Phänomen der zunehmenden Armut in der frühen Neuzeit, des Pauperismus, lasse sich, so Dotterweich, dadurch erklären, dass die Bevölkerung in jener Zeit schneller wuchs als die Produktionssteigerung an Nahrungsmitteln, ein Umstand, der zu einer Überteuerung, Verlust an Kaufkraft und Senkung der Reallöhne führte. Gerade für die ärmeren Schichten, bei denen Grundnahrungsmittel den größten Ausgabenteil stellten, machte sich dieses Phänomen besonders in Notzeiten schnell in Form von Hunger und weiterer Armut drastisch bemerkbar.

Vor diesem Hintergrund sei den Reichs- und Prälatenklöstern ein gutes Urteil zu geben. Das gelte nicht nur für ihre karitative Tätigkeit, sondern auch ihre wirtschaftliche Verfassung. Es handelte sich bei ihren Gebieten um wirtschaftliche Mikrokosmen, in denen die Klöster als zuverlässige und soziale Arbeitgeber wie als Annehmer von Spargeldern und Verleiher von Krediten operierten. Hinzu kam das soziale Engagement im Notfall und im Alter der Untertanen.

Der frühmoderne Staat wollte diese Rolle zuerst nicht übernehmen bzw. konnte es vor dem Hinter-

grund der napoleonischen Kriege anfänglich auch nicht. Das Ausmaß der Hungerkrise von 1816/17 zwang jedoch den württembergischen Staat nach einiger Zeit zu einer sozialpolitischen Interventionspolitik, und es blieb die Frage, mit welchen Mitteln künftig vergleichbaren Problemen entgegengesteuert werden konnte. Es sei, so der Referent, nicht geklärt, inwieweit von den paternalistischen Strukturen des Absolutismus Impulse für den modernen Interventionsstaat ausgegangen wären. In jedem Falle wäre aber nach 1817 die Erfahrung geblieben, dass die Armut und Not der „kleinen Leute“ nicht den Selbstheilungskräften des Marktes überlassen werden dürfte. Daher sei es auch kein Zufall, dass die Jahrzehnte nach 1815 die Gründerzeit der Sparkassen waren.

### **Das Entstehen des württembergischen Sparkassenwesens**

Die Sparkassen innerhalb Württembergs gehören zu dem frühesten Bankentyp, referierte Prof. Dr. Kollmer-Loup (Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg) und verwies gleichzeitig auf die großen Forschungslücken im Bereich der Bank- und Kreditwirtschaft. So wäre z. B. die Frage zu klären, inwieweit in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts von einer konsequenten Wirtschaftspolitik des württembergischen Staates in Hinsicht auf das Sparkassen- und Kreditwesen gesprochen werden könne. In der Tat hätte der Staat mit Gesetzesmaßnahmen die notwendigen Rahmenbedingungen für die Gründung sowohl privater wie öffentlicher kommunaler Spar- und Leihkassen geschaffen. Die handlungsleitenden Gesichtspunkte seien dabei zugleich wirtschaftlicher und sozialer Natur (z. B. Alters- und Krankenvorsorge) gewesen. Für den württembergischen Donaukreis und damit auch für Oberschwaben konnte dabei, auf die Einwohnerzahl bezogen, die größte Dichte an öffentlichen und privaten Sparkassen festgestellt werden.

Als nach einem Gründungsboom zwischen 1818 bis 1839 das Innenministerium aufgrund einer Evaluation mit vielen Beschränkungen in das Sparkassenwesen eingriff, wurde dieser Gründungsboom jäh beendet. Wirtschaftliche Risiken und geschäftsmäßiger Aufwand wurden vielfach als zu hoch erachtet. Eine wiederum andere Frage war, inwieweit überhaupt eine staatliche Konkurrenz zur privaten Kreditwirtschaft aufgebaut werden sollte. Hinzu kam, dass staatlicherseits am Zweck mancher Sparkasse gezweifelt wurde,

wenn das Geld vorwiegend in die landwirtschaftliche statt industrielle Entwicklung ging und hierfür nach Überwindung der landwirtschaftlichen Krisenzeiten keine Notwendigkeit mehr gesehen wurde. Wie die Einlagen bewiesen, waren Sparkassen nicht nur für die arme Bevölkerung da. In der Folge sollte es zu einer Aufgabenverteilung zwischen der Landessparkasse (für den armen Teil der Bevölkerung) und den Oberamtssparkassen kommen.

Der weitere Aufbau der Oberamtssparkassen in den 1840er-/50er-Jahren, die „zweite Gründungswelle“, sei durch eine starke öffentliche Aufsicht und politische Ordnungsvorgaben geprägt gewesen. Stand bei den privaten Leihkassen das Kreditgeschäft im Vordergrund, so war es bei den Oberamtssparkassen das Spargeschäft. Die Vorsorgemaßnahmen zur Sicherheit der Einlagen wirkten sich letztlich auch stabilisierend für die Oberamtssparkassen an sich aus, da von riskanten Geschäften Abstand genommen wurde.

Der Kundenstamm der Oberamtssparkassen entwickelte sich immer stärker von der minderbemittelten Schicht hin zum Mittelstand und füllte so eine Lücke zwischen den Privatbanken und der Württembergischen Landessparkasse. Kurz: Die wirtschaftspolitische Konzeption, das Sparkassenwesen in einen von wirtschaftsliberalen Vorstellungen geleiteten Privatsparkassenbereich und eine im Passivgeschäft arbeitende öffentliche Zentralsparkasse aufzuteilen, war bis Mitte der 1850er-Jahre gescheitert.

In kurzer Zeit wurde eine Alternativstrategie mit dem Ziel entwickelt, die Landessparkasse im Passivgeschäft zu stärken und die Oberamtssparkassen für das Aktivgeschäft auszubauen, z. B. mit dem Kauf von Staatspapieren, Eisenbahnleihen und Industrieobligationen. Mit der staatlichen Regulierung des Sparkassensystems wäre somit ein leistungsfähiges, aber gleichzeitig beschränkt operierendes Bankensystem geschaffen worden, das anderen Bankformen gute Wettbewerbsbedingungen eingeräumt habe.

Hans-Peter de Longueville, Landesgeschäftsführer des Fleischerverbandes Baden-Württemberg und Sparkassenhistoriker, referierte anschließend über „Frühe Sparkassen in Oberschwaben in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts“.

Die zeitliche Nähe vieler Sparkassengründungen in der Region zur 1848er-Revolution warf die Frage nach Zusammenhängen zwischen beiden Vorgängen. „Die Gründung von Sparkassen – auch eine Folge der Bürgerlichen Revolution von 1848/1849?“, lautete denn

auch ein weiteres Referat. Der Referent Winfried Abfalß stellte fest, dass es zwar keinen direkten Zusammenhang gäbe, sehr wohl aber die Erfahrung politischer Umwälzungen, wirtschaftlicher Krisen und Hungersnöte ein auch finanzielles Sicherheitsbedürfnis schufen. Dabei nahm in seinen Ausführungen die Behandlung der sozialen und wirtschaftlichen Zustände in Riedlingen einen großen Raum ein.

### Die Kreissparkasse in schweren Zeiten

Wie die Kreissparkasse Biberach in den vergangenen 150 Jahren auf Krisen reagierte und diese als Bewährungsprobe überstand, erläuterte Dr. Boris Barth anhand der Gründerkrise nach 1873, der Hyperinflation nach dem Ersten Weltkrieg, der Weltwirtschaftskrise und der Übergangszeit vom Zusammenbruch 1945 bis zum sog. Wirtschaftswunder.

Die strengen gesetzgeberischen Rahmenbedingungen für die Sparkassen in den 1870er-Jahren hätten, so der Referent, während der „Gründerkrise“ einen gewissen Krisenschutz gebildet, da Geld nur gegen hohe Sicherheiten verliehen wurde, allerdings um den Preis einer nur unvollkommenen Wirtschaftsförderung. Die Kapitalbildung der Sparer stand im Vordergrund. Auswirkungen der Weltwirtschaft ließen sich gleichwohl erkennen, denn in der Agrarwirtschaft seien Ende der 1870er-Jahre angesichts der wachsenden ausländischen Konkurrenz gesunkene Gewinne zeitlich mit Modernisierungsinvestitionen zusammengefallen, was sich Ende der 1870er-Jahre in einem Einlagenrückgang ausgedrückt habe. Ab den 1880er-Jahren konnte die Sparkasse Biberach dann durch den Kauf von Staatsobligationen und den Beitritt zum württembergischen Sparkassenverband auch jene Gelder gewinnbringend anlegen, die sie selbst nicht produktiv verleihen konnte.

Nach dem Ersten Weltkrieg habe sowohl eine Erweiterung des Geschäftsbereiches wie auch der regionale Ausbau der Sparkasse, d. h. die Errichtung von Zweigstellen und Agenturen stattgefunden. Neu hinzu kamen die Wertpapierverwahrung, das Depositengeschäft, die Einführung von Girokrediten, die Übernahme von Wechselkrediten, Bauspardarlehen und die Teilnahme an einem staatlichen Mittelstandsprogramm sowie größere Kommunalkredite. Das Agenturennetz wurde so bis 1928 auf 29 Agenturen ausgebaut. Alle diese Entwicklungen fanden vor dem Hintergrund der Hyperinflation, einer kurzen wirtschaftlichen Blüte

und der Weltwirtschaftskrise statt. Bemerkenswert war hierbei, dass die Kreissparkasse Biberach schon vorzeitig die in der Inflation vernichteten und wieder aufgewerteten Sparguthaben auszahlte. Auch der Spargedanke konnte so neu belebt werden.

Die Weltwirtschaftskrise bedeutete eine weitere Zäsur. Zwar bildete die staatliche Gewährträgerschaft einen gewissen Schutz gegen den Vertrauensverlust der Sparer, den in erster Linie Privatbanken zu spüren bekamen, doch musste auch die Kreissparkasse versuchen, den Ansturm auf die Spareinlagen abzuwenden. Unter anderem bot sie auch in dieser Zeit kundenfreundliche Zinssätze. Ein weit gravierenderes Problem, so Dr. Barth, waren die vielen langfristigen Kredite vor allem gegenüber Kommunen, die es schwer machten, genügend liquide Mittel bereitzuhalten. Die Umwandlung der Sparkassen in selbstständige Körperschaften des öffentlichen Rechts 1932 war daher auch eine Folge der Weltwirtschaftskrise. Ohne die staatliche Gewährträgerschaft abzuschaffen, wurde somit der Einfluss der Gemeinden zurückgedrängt. Die Jahre des Nationalsozialismus seien hingegen, so Dr. Barth, unter dem Gesichtspunkt liberaler Handlungsoptionen wenig interessant, da ein immer engeres Netz von staatlichen Verordnungen die ökonomische Handlungsfreiheit zurückgedrängt habe. Zurückblickend müsse man feststellen, dass ökonomische Chancen verspielt wurden.

Die Währungsreform stelle eine weitere große Zäsur dar. Die Anfangsjahre des Wirtschaftswunders seien davon gekennzeichnet gewesen, dass einerseits der Sparsinn erneut geweckt werden musste, andererseits eine große Nachfrage nach Krediten bestand und die Menschen lange zurückgestellte Konsumwünsche befriedigen wollten. Damit musste auch die Sparkasse den Spagat zwischen der Ansammlung ausreichender liquider Mittel einerseits und einer die Wünsche der Kunden befriedigenden Kreditpolitik andererseits aushalten. Im Verhalten der Sparkasse sei denn auch die Philosophie einer am Gemeinwohl orientierten Bank zum Ausdruck gekommen, so z. B. durch die Teilnahme an staatlichen Förderungsprogrammen oder die Aufrechterhaltung eines kundennahen, nicht allein nur rentabilitätsgerechten Zweigstellennetzes.

### Ein Blick nach Ulm

Einen Blick in die Finanzgeschichte der Nachbarstadt warf der ehemalige Ulmer Stadtarchivar Prof. Dr.

Hans Eugen Specker mit seinem Vortrag über Kreditnehmer und Kreditgeber im Ulm des 19. Jahrhunderts. Da es in Ulm bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts keine Banken gab, nahmen private Geldgeber und öffentliche Institutionen die Rolle des Kreditverleihens wahr. Als Anlagemöglichkeiten für diese Institutionen und die sich seit den 1840er-Jahren gründenden Kreditinstitute dienten infrastrukturelle und industrielle Projekte wie der Eisenbahnbau, die als Beweis zukunftsorientierten Handelns zu werten seien. Es habe das Bestreben gegeben, individuelle und gesamtwirtschaftliche Interessen miteinander in Einklang zu bringen.

### Geld verändert die Welt

Über die Wirkung von Geld in sozialen Gefügen im Laufe der Neuzeit referierten Mark Hengerer und Niels Petersson (Der Kitt des Sozialen: Gesellschaftliche Nah- und Fernwirkungen des Geldes in der Neuzeit). Beobachten könne man etwa die Monetarisierung sozialer Systeme beispielsweise an der Veränderung des „Ganzen Hauses“. Das soziale Gefüge von Herren und Knechten, beruhend auch auf sozialer Verantwortung und Sachleistung, wurde zunehmend monetarisiert, z. B. durch zunehmende Geldlöhne oder die Übernahme sozialer Aufgaben durch kostenpflichtige Funktionssysteme wie Schule, Spitäler und Kirchen. Mentalitätsverändernd wirkte es auch in der höfischen Welt, wenn reine Geldwerte als Schenkungen oder Bestechungen an Stelle von Sachgeschenken (mit einem zusätzlichen symbolischen Wert) traten. Geld habe ferner auch eine Rolle in der ersten wirklichen Globalisierungsphase, d. h. den weltumspannenden Handelsbeziehungen nach der Entdeckung Amerikas, gespielt. Zum einen intensivierte der Gold- und Silberexport von Amerika nach Europa auch die Handelsbeziehungen nach Asien, zum anderen erlaubte das Geld die vielfältige Auf- und Verteilung der mit dem Fernhandel verbundenen wirtschaftlichen Risiken und Chancen.

Als das „Jahrhundert des Geldes“ wollten die Referenten das 19. Jahrhundert bezeichnen. Fast gleichzeitig mit der nunmehr erfolgenden Etablierung nationaler Währungssysteme wurden auf der Basis des Goldstandards die internationalen Wirtschaftsbeziehungen zunehmend intensiviert. Die persönliche Rolle des Geldes im Leben des Menschen, der hinsichtlich seines sozialen Daseins nicht mehr einem feudalen Ordnungssystem unterworfen war, aber auch noch nicht auf staatliche Absicherung bauen konnte, nahm im-



mens zu. Das 20. Jahrhundert mit seinen Krisen und Inflationen hingegen führte zu neuen Betrachtungsweisen des Geldes. Zwei Weltkriege, Inflation und Weltwirtschaftskrise zerstörten die Geld-, Werte- und Gesellschaftsordnung des 19. Jahrhunderts. Geld war nun keine feste, neutrale, unabhängige Größe mehr. Mit zunehmender Etablierung des prinzipiell schon im 19. Jahrhundert bekannten bargeldlosen Geldverkehrs erhielt es immer mehr eine abstrakte Bedeutung. Da Geld mittlerweile wieder als Mittel privater Existenzvorsorge, wie schon im 19. Jahrhundert zugenommen habe, bekäme auch die Vertrauenswürdigkeit jener Institutionen, die es verwalten, zunehmend größere Bedeutung.

„Kriege – Krisen – Karrieren: Geld als Motor der Ökonomie“ vom Ende des Ersten Weltkrieges bis in die Nachkriegszeit war das Thema des letzten Vortrages von Prof. Lothar Burchardt. Sein Überblick zeigte, dass dies nicht immer so war. Sei die Inflation der ersten Nachkriegszeit anfänglich noch den Produzenten zugute gekommen, so habe sich dieses spätestens mit der Hyperinflation geändert, die allen schadete und die Menschen im täglichen Leben in Sachwerte flüchten ließ. Eine Notlösung angesichts des Geldverfalls war nach dem Zweiten Weltkrieg die „Zigarettenwährung“. Die Einführung der Renten- und Reichsmark hätten jeweils zu ihrer Zeit eine stabilisierende Wirkung auf die Wirtschaft ausgeübt. Die D-Mark selbst sei sogar eines der das Wirtschaftswunder begründenden Elemente gewesen.

Prof. Burchardt vermittelte anschaulich, dass die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik zwar vordergründig nach einer Behebung der Weltwirtschaftskrise aussah, aber nur durch eine immense Staatsverschuldung finanziert wurde und eine neue Inflation durch Lohn- und Preisstoppverordnungen weniger verhindert als vielmehr nur bis nach Kriegsende aufgeschoben werden konnte. Zu den Legenden, die als solche zu hinterfragen seien, zähle die Vorstellung der Gleichheit der meisten Deutschen in der „Stunde Null“ am Tag der Währungsreform, dem 20. Juni 1948. Da anders als die Ersparnisse die Immobilien und Sachgüter keinem Werteverlust unterworfen waren, stellten sich deren Besitzer weitaus besser als jene, die nur über Geldbesitz verfügten. Unter diesen Umständen gehörten Ausgebombte und Vertriebene zu den Benachteiligten. Der Marshallplan brachte zudem nicht nur Gelder nach Europa und Deutschland, sondern auch Recht- und Planungssicherheit. Besonders zeigte sich das in

der französischen Zone, wo er die Demontagepolitik beendigte.

Das Wirtschaftswunder, so der Referent, könne aber nicht allein durch Marshallplan und Wirtschaftsreform erklärt werden. Eine wichtige Rolle hätten auch der mit dem Koreakrieg verbundene Auftragsboom für deutsche Firmen sowie der „Kalte Krieg“ gespielt, in welchem die Deutschen nicht nur Verlierer waren, denn die ehemaligen Siegermächte hätten nunmehr ein Interesse an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des jeweils von ihnen besetzten und mit ihnen verbündeten Teiles von Deutschland besessen. Den Geldinstituten, insbesondere den mittelständischen, räumte der Referent für die Zeit nach der Währungsreform die Rolle eines Getriebes ein, welches zwischen dem Motor Geld und der Wirtschaft geschaltet war. Dass dieses auch in Zukunft so bleiben würde, war des Referenten abschließender Wunsch.

Ihren Abschluss fand die Tagung mit der im Bankmilieu spielenden Komödie „Das Streichquartett“ des Dramatischen Vereins Biberach.

Die Tagung stieß, wie man angesichts der zahlreichen Zuhörer und ihren Nachfragen erkennen konnte, auf ein breites und reges Interesse der Öffentlichkeit. So könnte eine solche Veranstaltung Modell für die Gestaltung von Firmen- und Bankjubiläen sein.

### **Exkurs: Das Historische Archiv der Kreissparkasse Biberach – Aufgaben und Möglichkeiten**

Die Kreissparkasse Biberach besitzt ein Archiv mit einem Umfang von 52 laufenden Metern. Durch ein neues Rollschranksystem im Gebäude am Ulmer Tor wurde die Aufnahmekapazität mehr als verdoppelt. Im Folgenden sollen einige Anmerkungen zur wissenschaftlichen Erschließung, zum Aktenbestand sowie zu den Möglichkeiten, die das Sparkassenarchiv für die wirtschafts-, sozial- und lokalgeschichtliche Forschung bietet, kurz skizziert werden.

#### **Die wissenschaftliche Erschließung des Archivs**

Eine erste Grobordnung und damit verbundene Aktensichtung wurde 1997 von ehemaligen Mitarbeitern der Sparkasse vorgenommen. Der Verfasser begann im Jahre 2003 mit der Erstellung eines EDV-gestützten Findbuches. Die 1997 aufgestellten Ordnungskriterien haben noch heute ihre Gültigkeit. Es wurden damals neun thematische Obergruppen mit derzeit 134 Untergruppen aufgestellt, wovon jedoch nicht alle mit Akten

besetzt sind. Verwaltungratsprotokolle der Kreissparkasse Biberach finden sich so unter A 17 (Verwaltungsrat), Verwaltungratsprotokolle der ehemaligen Sparkassen Laupheim und Riedlingen unter A 21 (Zweigstellen). Es empfiehlt sich, für die Tochtergesellschaften der Sparkasse nach dem Provenienzprinzip zu verfahren.

### Die Bestände im Archiv – eine Auswahl

Den größten Teil im Archiv nehmen die Bilanzen ein. Neben den Verwaltungsratsprotokollen stellen sie die wichtigste Quelle dar. Sehr spärlich sind Unterlagen des Personalrates. Auch historisches Werbematerial ist nur wenig erhalten. Quantitativ nehmen auch Bauunterlagen viel Platz ein. Allerdings sind Quantität und Qualität auch bei historischen Quellen zwei verschiedene Dinge. Die gesamten Akten des 19. Jahrhunderts nehmen so weniger Platz ein als vier Jahresbilanzen aus den 1980er-Jahren.

Dabei dürfte die Kreissparkasse, obwohl Aktivkapitalienbücher nur vom Privatsparverein (1842–1854) und für einige Jahre von Laupheim und Riedlingen erhalten sind, einen für Sparkassen überdurchschnittlich guten Quellenbestand an Kreditunterlagen aus dem 19. Jahrhundert besitzen. Für die Sparkasse Biberach sind die Ausleiheprotokolle des gesamten 19. Jahrhunderts erhalten und die Kreditvergaben und Rückzahlungen zumeist in den Bilanzen vermerkt. Nur bruchstückhaft sind die Unterlagen zu den Sparkassen Laupheim und Riedlingen. Für Laupheim und Biberach kann gesagt werden, dass für die ersten Jahre ein reichhaltigeres Quellenmaterial vorliegt als für die nachfolgenden Jahre. So sind in Biberach bis 1863 die meisten Tagbücher und Bilanzbeilagen erhalten, während sie für die nachfolgende Zeit fehlen.

### Möglichkeiten der wissenschaftlichen Benutzung

Die Bestände dienen der Erforschung der Geschichte des Hauses selbst, sind aber auch lokal-, wirtschafts- und sozialhistorisches Quellenmaterial. Die Einlagenbücher, von denen nur wenige vom Privatsparverein sowie aus Laupheim und Riedlingen erhalten blieben, geben einen repräsentativen Einblick über die berufliche und soziale Zusammensetzung der Kunden. Im Falle Biberachs fehlen zwar die Einlagenbücher, doch stellen die Tagbücher einen gewissen Ersatz dar. Bis 1863 lassen sich die Namen und Wohnorte der Sparkunden, die Konten in ihrer Jahresentwicklung sogar

noch bis 1881 nachvollziehen. Im Zusammenhang mit Quellen aus anderen Archiven kann das Quellenmaterial seinen Beitrag zu sozialgeschichtlichen Untersuchungen leisten. Übrigens wurden Einlagenbücher schon früher für sozialgeschichtliche Forschungen benutzt. Mit ihrer Hilfe wurden beispielsweise Berufsstatistiken erstellt, aus denen man erkennen konnte, ob die Sparkassen ihren gesellschaftspolitischen Auftrag erfüllen. In den Verwaltungsratsprotokollen der 1950er-Jahre wiederum lässt sich einiges zur Situation von Kreditinstituten im Deutschland der „Wirtschaftswunderzeit“ finden. Die Ausleiheprotokolle stellen eine Quelle zur wirtschaftlichen Entwicklung im 19. Jahrhundert dar. In ihnen wird auch der Anteil der Sparkasse (und ihrer Sparkunden) am Ausbau der öffentlichen Infrastruktur um 1900 sichtbar.

Natürlich darf das Quellenmaterial nicht überschätzt werden. Es ist eben nur ein Bruchstück der Vergangenheit. Mancher Betrieb wurde gegründet und mancher Bauernhof erweitert ohne die Hilfe der Sparkasse, ja von Kreditinstituten überhaupt. Bankhistorische Archive bieten auch für sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Forschungen eben nur einen Teil des notwendigen Quellenmaterials. Ihr Beitrag dazu dürfte freilich noch oft genug unterschätzt, mehr aber noch übersehen werden. Der Verfasser selbst wäre vorher wohl kaum auf den Gedanken gekommen, ein Sparkassenarchiv aufzusuchen, um dort etwa Unterlagen zur französischen Besatzungspolitik zu finden. Mit der gründlichen Erschließung und Verzeichnung von Sparkassenarchiven wird daher eine nicht unwesentliche Grundlagenarbeit für nachfolgende wissenschaftliche Forschungen geleistet.

### Bemerkenswertes und Kuriositäten

Zwar sind es nicht die Kuriositäten, die den Wert eines Archivs ausmachen, aber sie können durchaus ein Licht auf vergangene Zeiten werfen.

Im Rahmen der Verzeichnung finden sich immer wieder Akten, welche besondere Aufmerksamkeit hervorrufen, sei es, weil sie im Inhalt überraschen, besonders repräsentativ für eine gewisse Zeit oder Situation sind oder gelegentlich amüsant wirken können. Zu letzterem zählt z. B. ein Einlagenbuch aus Buchau (1882–1910), welches später als Blätterpresse zweckentfremdet wurde. Auch einige Bilanzbeilagen aus den 1850er-Jahren sorgten für Erstaunen. Wer rechnet schon damit, dass ein Waisenkind einen Teil seines Mündelgeldes erbittet, um ein Klavier kaufen zu kön-

nen? Oder dass ein Kunde angibt, er wolle seine gerade eingelegten geringen Ersparnisse zum Kauf von Kleidern wieder ausbezahlt haben? Beide Dokumente sind natürlich nicht repräsentativ. Für uns, aber wohl nicht für die Zeitgenossen, ist es kurios, dass die Sparkasse 1857 ein zinsloses Darlehen aus dem Privatvermögen des Oberamtspflegers und einer (von ihm verwalteten) Kirchenkasse annahm, um ein Darlehen geben zu können. Und wer kann sich heute vorstellen, mit einem Sparbuch – wie im 19. Jahrhundert in Laupheim – zum Privathaus des Oberamtspflegers zu gehen und dort seine Ein- und Auszahlungen vorzunehmen? Die durch den Publikumsverkehr hervorgerufenen Abnutzungen und Verschmutzungen in der Wohnung des Oberamtspflegers (Kreiskämmerers) fanden ihre Berücksichtigung in der Höhe der Provision. Er wurde somit als Sparkassenvorstand in Nebentätigkeit erfolgsorientiert bezahlt.

Menschlich, allzumenschlich ist, wenn man sich verrechnet. Dass auch bei der Sparkasse Biberach dieses manchmal vorkam, beweisen Quittungen von Zinsnachzahlungen. Verrechnete sich die Sparkasse aber zu ihren Ungunsten, zog sie dem Sparkunden dieses im nächsten Jahr einfach von den Zinsen wieder ab. Erheiterung ruft nach heutigen Maßstäben auch die Tatsache hervor, dass 1934 4000 Reichsmark ausreichten, um allen 19 Mitarbeitern ein zusätzliches Monatsgehalt auszahlen zu können.

Es gibt auch auffallende bzw. bemerkenswerte Akten sehr, sehr ernster Natur. Der formlose Befehl des Finanzamtes Riedlingen von 1941/42, die Guthaben jüdischer Kunden durch Überweisung an das Finanzamt einzuziehen, dürfte das düsterste Aktenstück bilden. Die Maßnahme erfolgte im Zusammenhang mit den Deportationen. Die Unterschriftenliste, mit der ein Sparkassenmitarbeiter 1933 seine politisch motivierte Entlassung verhindern wollte, verdient als Zeichen offenen Protestes aufbewahrt zu werden.

Kopfschütteln erregt (aus heutiger Sicht) eine Witwen- und Waisenkasse, die noch im Oktober 1918 Kriegsanleihe zeichnete. Nicht anders verhielten sich einige Kirchenkasernen. Die Sparkasse war selbst nicht

klüger, als sie bei derselben Gelegenheit zwei Millionen Mark in einen bereits zu Ende gehenden und verlorenen Krieg investierte. Die – wörtlich genommen – „bunteste“ Sammlung im Historischen Archiv hat gleichfalls einen ernsten Hintergrund. Die Sparkasse besitzt nämlich Hunderte von Sparbüchern Heimatvertriebener aus den ehemaligen Ostgebieten und dem Sudetenland.

### Externe Quellen

Gerade für die Frühzeit der Geschichte der Sparkassen von Riedlingen, Laupheim und Biberach spielen externe Quellen eine nicht unwesentliche Rolle. Sie stellen eine wertvolle Ergänzung dar. Hierbei handelt es sich um diejenigen Archivalien, die aus dem Schriftverkehr mit übergeordneten Behörden in den Staatsarchiven Ludwigsburg und Sigmaringen sowie im Kreisarchiv Biberach erhalten geblieben sind. Zum Teil liegen sie, von ehemaligen Mitarbeitern gesichtet, als Kopien im Archiv. Diejenigen Sachverhalte, die heutzutage zumeist im Verwaltungsrat besprochen werden, wurden bis 1932 vom Bezirksrat und der Oberamtsversammlung behandelt. Während für Biberach ein Teil dieser Protokolle für die Jahre ab 1900 als Kopie im Archiv vorhanden ist und bereits verzeichnet wurde, sind die Laupheimer und Riedlinger Oberamtsprotokolle in dieser Hinsicht so gut wie unerschlossen. Ähnliches gilt für die Zeitungen, die früher für die Sparkassen das Medium schlechthin waren. Hier liegt für Biberach ebenfalls eine stattliche, noch nicht verzeichnete Kopiensammlung von Zeitungsmittellungen seit 1853 vor, angefertigt von einem ehemaligen Mitarbeiter. Für Laupheim und Riedlingen hingegen fehlt dies noch. Sie ist umso wichtiger, da in den Zeitungen immerhin noch Satzungsänderungen und vor allem die nicht mehr im Original erhaltenen Bilanzen in Kurzform abgedruckt wurden. Hier wartet noch viel Arbeit!

Die Vorträge des Gesprächsforums sind als Sonderheft 1/2004 der „Heimatkundlichen Blätter für den Kreis Biberach“ erschienen.